

Die Festungen des "Roten Wien"

Vor- und Nachteile des Gemeindebaus

In der österreichischen Hauptstadt ist die Gemeinde größter Bauherr und Vermieter, ein ständiger Grund der politischen Auseinandersetzung zwischen den lange Zeit ununterbrochen regierenden Sozialisten und Konservativen und Liberalen auf der anderen Seite. Während letztere eine stärkere Privatisierung des Wohnungsektor fordern, möchten die SPÖ im Prinzip am System des Gemeindebaus festhalten

Wohnungsbestand in Wien

1900	392.572
1910	467.549
1923	535.067
1934	613.436
1951	614.078
1961	675.774
1971	781.518
1981	821.175
1991	853.091

Wie man aus vorstehender Tabelle ersieht, hat sich der Wohnungsbestand in Wien in einem Jahrhundert mehr als verdoppelt. Ein großer Teil der 1923 ausgewiesenen Wohnungen bestand bereits bis 1914, wonach ein Rückgang der Bautätigkeit während des Ersten Weltkriegs erfolgte. Der bedeutende Zuwachs während der Spätgründerzeit resultierte fast nur aus privatwirtschaftlichem Engagement.

Doch schon die bedeutende Bautätigkeit von 1923 bis 1934, die einen Zuwachs von 78.000 Wohnungen brachte, wurde hingegen nur noch zu einem sehr geringen Teil von privaten Unternehmen getragen, während die Stadt Wien in diesen Jahren mehr als 63.000 sogenannte Gemeindewohnungen errichtete. Die Gemeinde ist seither der wichtigste Bauherr und Wohnungseigentümer in Wien. Mehr als die Hälfte des heutigen Wiener Wohnungsbestandes entstammt der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg.

Als Phase der aktivsten Wohnungsbaus ragen die sechziger Jahre hervor, wobei

zwischen 1961 und 1971 um mehr als 105.000 Wohnungen entstanden. In den siebziger und achtziger Jahren ging der Zuwachs zwar zurück, doch nach einer amtlichen Aufnahme der Häuser- und Wohnungen von 1991 wurde die Wohnbautätigkeit wieder intensiviert. 1994 wurden insgesamt 12.000 neue Wohnungen gebaut.

Dass die Gemeinde der wesentliche Bauträger wurde, hängt unmittelbar mit der Geschichte des „roten Wien“ zusammen. Die lange Tradition sozialistischer Stadtregierungen erlaubte ein zunehmendes Intensivieren der Bautätigkeit, denn die Partei hatte billigen Wohnraum für die Arbeiter auf Dauer

zu einem ihrer wesentlichen Programmpunkte gemacht. Es ging jedoch anfänglich um weit mehr als nur würdigen Wohnraum für die Arbeiter. Das gemeinsame Siedeln in besonderen Anlagen hatte auch ideologische oder sozialutopische Implikationen.

Schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts schufen „utopische Sozialisten“ wie Robert Owen (1771–1858) und Charles Fourier (1772–1837) Konzeptionen für genossenschaftliche Siedlungen, die sich durch menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen auszeichnen, und in denen der Widerspruch zwischen Unternehmer- und Arbeiterklasse aufgehoben sein sollte.

Karl-Marx-Hof



Die in Wien regierenden Sozialisten wollten von solchen Ideen inspiriert eine neue Kultur des Miteinander verwirklichen. Die Träume der utopischen Sozialisten sollten angepeilt werden, indem man sich auf einen sozialdemokratischen Realismus der keinen Reformschritte berief

Dabei dachte man auch an eine mögliche bevorstehende Revolution, die ohne Kämpfe nicht zu machen sein würde. Auch sah man die Gefahr, dass in Zukunft Streiks oder Arbeiteraufstände gewaltsam niedergeschlagen werden können. Mancher der frühen Gemeindebauten trägt daher einen eindeutigen Festungscharakter, so der berühmte Karl-Marx-Hof. Es war durchaus eingeplant, dass man sich verbarrikadieren müsste.

Durch diesen politischen Ursprung waren von Anfang an Aktivisten der Sozialistischen Partei bevorzugte Mieter der billigen Gemeindewohnungen. Wie zahlreiche Skandale bis in die neuere Zeit zeigten, scheint bis in die Gegenwart ein SPÖ-Parteibuch einen Wohnungssuchenden schneller zum Ziel zu

bringen, obwohl auch die SPÖ ihre alten Ideen vom Klassenkampf längst aufgegeben hat und sich seit Jahrzehnten weniger als Arbeiterpartei denn als Volkspartei profilieren möchte. Bevorzugte Vergabe der Gemeindewohnungen an Parteimitglieder oder gar Verwandte sozialdemokratischer Funktionäre waren wichtige Argumente der FPÖ Jörg Haider's gegen die Wiener Sozialisten.

Vor- und Nachteile des Gemeindebaus

Dass die Gemeinde so intensiv am Immobiliensektor engagiert ist, hat eindeutige Vorteile, aber auch ganz handfeste Nachteile. Vorteilhaft ist sicher, dass hier eine Großstadt frei von Spekulantentum einen bedeutenden Teil des erforderlichen Wohnraums schaffen konnte. In keiner vergleichbaren Stadt gibt es für niedrige Einkommensschichten derart günstigen Wohnraum in ansehnlicher Menge. Das Engagement der Gemeinde hat sich auch bewährt, wenn in Problemzeiten, etwa nach den Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs

oder in Zeiten besonderer Zuwanderung der Wohnungsnot entgegen gesteuert werden musste.

Ein weiterer handfester Vorteil ist, dass die Gemeinde als Unternehmer nicht möglichst billig bauen musste, um Profite zu maximieren. Zu vielen Zeiten hat der soziale Wohnungsbau in Wien nicht nur Wert auf den besten Komfort der Bewohner gelegt, sondern auch architektonisch und künstlerisch wertvolle Lösungen angestrebt. Die Beispiele reichen vom genannten „Karl-Marx-Hof“ bis zum „Hundertwasser-Haus“, das seit seiner Erbauung in den achtziger Jahren zu einer der wesentlichen Touristenattraktionen im heutigen Wien geworden ist.

Doch auch der Nachteile sind viele. Auch wenn die Gemeinde der größte Wohnungsbesitzer ist, reicht doch ihr Wohnungspark nicht für alle, auch nicht für alle einer Sozialwohnung Bedürftigen. Dass hier einige zum Zuge kommen und fast nichts für eine Qualitätswohnung zahlen, während andere über Jahre auf der Warteliste stehen nicht, schafft eine eigentümliche Form sozialer Ungerechtigkeit durch eine im Grunde sehr soziale Maßnahme.

Auch sind dieses öffentliche Bauen und subventionierte Wohnen eine sehr starke Belastung für das Budget der Gemeinde. Die christdemokratische ÖVP hat daher vor einiger Zeit vorgeschlagen, Wohnungen an Mieter, die sie als Eigentum erwerben und vererben wollen, zu verkaufen. Der Erlös dieser Aktion sollte dann dazu dienen, weitere soziale Wohnbauprojekte zu finanzieren.

Doch ist aus Tradition und Gewohnheit die Gemeindewohnung zur Billigstmiete ein Hauptelement der sozialistischen Politik in Wien. Viele Stimmen für die SPÖ kamen traditionell aus den Gemeindebauten. Kritiker werfen der SPÖ vor, sie betreibe mit dem Wohnungsbau Stimmenfang und gebe keine Gemeindewohnungen an Ausländer, weil diese bei den Gemeinderatswahlen nichts zählten. In der Ausländerfrage hat die SPÖ inzwischen einen Kurswechsel signalisiert. Doch sie denkt nicht daran, den Wohnungsmarkt den Privaten zu überlassen.

Hundertwasser-Haus

